
Öffentliche Jahreshauptversammlung der Südosteuropa-Gesellschaft 2023

Hamburg und online, 25.02.2023

Bericht von Stephani Streloke

Eröffnung und Grußworte

Mit einer kleinen Verspätung eröffnete *Manuel Sarrazin*, Präsident der SOG, die Jahreshauptversammlung. Er hieß die Teilnehmenden und die Gäste, darunter die diesjährigen Preisträger*innen des Dissertationspreises, des Journalistenpreises und der Konstantin-Jireček-Medaille, willkommen. Sarrazin begrüßte außerdem den Ehrenpräsidenten der SOG, *Gernot Erler*, Stiftungsrückgründerin Dr. *Helga Exner* und Stiftungsvorstand Frau Dr. *Eva Denk*, welche, zusammen mit weiteren Teilnehmenden, online zugeschaltet waren.

Als erste Rednerin sprach Botschafterin *Susanne Schütz*, Beauftragte für Südosteuropa, die Türkei, OSZE und Europarat. Sie erinnerte an die Jahreshauptversammlung von 2022, wo man völlig fassungslos auf die ersten Angriffe Russlands auf die Ukraine geblickt habe. Heute seien diese Gräueltaten zu unserem Alltag geworden. Jedoch habe sich die Ukraine als stärker erwiesen, als man vor einem Jahr gedacht habe. Die Stabilität und Einigkeit in der EU hätten noch einmal an Bedeutung gewonnen. Die Bundesregierung habe das deutlich gemacht, auch durch die Ernennung von Manuel Sarrazin zum Sondergesandten der Bundesregierung für die Länder des westlichen Balkans. Im Juli 2022 hätten Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien begonnen. Bosnien und Herzegowina sei seit Dezember 2022 Beitritts-

kandidat. Ein Assoziierungsabkommen mit Kosovo und Serbien müsse nun ebenfalls gelingen. Davon werde die gesamte Region profitieren. In der Reformdynamik der EU dürfe nicht nachgelassen werden. Die EU müsse mit ihrer Beitrittsperspektive glaubwürdig bleiben. Deshalb bereite es ihr Sorge, wenn Bulgarien im Streit um den Beitritt Nordmazedoniens Forderungen aufstelle, welche den Prozess bremsen. Schütz bedankte sich dafür, dass die SOG in ihren Bemühungen um die Region nicht nachlasse.

Als nächste Rednerin sagte *Almut Möller*, Staatsrätin und Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, der Europäischen Union und für auswärtige Angelegenheiten, sie freue sich, dass die Jahrestagung in Hamburg stattfinde, welches ja nicht gerade das Zentrum der Südosteuropakontakte sei. Die natürliche Geographie sei etwas weiter weg von SOE als München, aber die Zusammenarbeit mit der Region sei trotzdem wichtig und sie fühle sich verpflichtet, an diesem Thema mitzuarbeiten. Der derzeitige Fokus der Politik auf den Westbalkan und SOE habe auch mit dem russischen Angriffskrieg zu tun. Der Hamburger Senat habe einen Pakt mit dem Bürgermeister von Kiew, Vitali Klitschko, geschlossen mit dem Ziel, humanitär zu helfen, aber auch mit der Perspektive einer strategischen Zusammenarbeit nach dem Wiederaufbau auf gleicher Ebene.

„Wir vertrauen darauf, dass die Ukraine wieder die Gelegenheit haben wird, als souveräner Staat in Europa eine Zukunft aufzubauen.“ Deutschland müsse sich noch stärker zu SOE hinwenden. Sie sei dankbar, dass die SOG sich für die Region einsetze und freue sich, dass wissenschaftliche Exzellenz aus der Region auf dieser Veranstaltung ausgezeichnet werde und sie dabei sein dürfe.

Jahresbericht

In seinem Jahresbericht listete nun *Manuel Sarrazin* die SOG-Veranstaltungen im Jahr 2022 auf. Hervorstechend sei das „Berlin Process Civil Society & Think Tank Forum“ im November gewesen. Auch von den Zweigstellen seien zahlreiche Veranstaltungen organisiert worden. Die Geschäftsstelle sei durch die ehrenamtliche Arbeit der Zweigstellenleiter*innen zusätzlich gut aufgestellt. Die Nachwuchsförderung stelle einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit dar. Auch andersherum fördere der Nachwuchs manchmal die SOG, weil die jungen Wissenschaftler*innen Veranstaltungen auch inhaltlich mitgestalteten, so bei der alljährlichen Hochschulwoche in Tutzing. In den letzten Jahren habe es ein verstärktes Interesse der jüngeren Generation an der SOG gegeben. Sie sei in den vergangenen zwei Jahren um 80 Mitglieder angewachsen, von denen ein großer Teil unter 35 Jahren alt sei. Mitte März 2023 solle nun die „Junge SOG“ gegründet werden, speziell für Nachwuchswissenschaftler*innen.

Im Jahr 2023 werde die Türkei ein wichtiges Thema sein. Die Republik Türkei feiere dieses Jahr ihr einhundertjähriges Bestehen. Zudem stünden Wahlen an. Das katastrophale Erdbeben vom Februar 2023 habe gezeigt, wie eng der Zusammenhalt zwischen den Ländern der EU und der Türkei beziehungsweise Syrien sei, die große Hilfsbereitschaft habe dies untermauert.

Sarrazin beendete seinen Jahresbericht damit, dass er auf das hohe Renommee hinwies, welches die SOG in der internationalen Fachwelt genieße. Er dankte dem Auswärtigen Amt in Person von Susanne Schütz für die Unterstützung, die sie und ihre Abteilung der SOG biete. Politik, sagte *Sarrazin*, werde von Menschen gemacht. Er dankte deshalb auch allen Mitarbeiter*innen in den Gremien der SOG und allen

aktiven Mitgliedern, außerdem ausdrücklich dem Team der Geschäftsstelle. Überleitend zu den nun anstehenden Preisverleihungen dankte er der Fritz und Helga Exner-Stiftung für die Möglichkeit, den Dissertationspreis zu finanzieren und auszuloben.

Verleihung der Dissertationspreise der Fritz und Helga Exner-Stiftung: Laudationes

Weil Jun.-Prof. Dr. *Valeska Bopp-Filimonov* von der Friedrich-Schiller-Universität Jena erkrankt war, hielt Dr. *Franz-Lothar Altmann* aus dem Preis- und Stipendienrat der SOG stellvertretend die Laudatio. Er sagte, alle vorgeschlagenen Kandidat*innen hätten herausragende Leistungen auf dem Gebiet der SOE-Forschungen nachgewiesen. Die Auswahl sei nicht leicht gefallen. Alle eingereichten Arbeiten seien als summa- oder magna cum laude bewertet worden. Die Wahl sei schließlich auf *Andreas Pfützner* und *Kristine Andra Avram* gefallen.

Altmann verlas im Folgenden mit nur wenigen Zusätzen das Manuskript von *Bopp-Filimonov*. Ausgangspunkt der Arbeit von *Pfützner* sei 1866, der Beginn des Prozesses der Konstitutionalisierung eines rumänischen Staates. In diesem Prozess verweigerte man den Juden die erhoffte Emanzipation und erklärte sie zu „legalen Fremden“. Nur Christen konnten rumänische Staatsbürger*innen werden. Der Berliner Kongress hielt 1878 jedoch fest, dass erst Minderheitenrechte festgeschrieben werden müssten, bevor Rumänien als souveräner Staat anerkannt werden könne. *Pfützner* sei auf Ursachenforschung gegangen. Seine Frage: Wie kam es zu diesem Umgang mit der jüdischen Bevölkerung? Die Arbeit schließe eine Forschungslücke. *Pfützner* habe neues Quellenmaterial erforscht und könne bisherige Interpretationsansätze schlüssig kommentieren und beantworten. Dafür habe er in Archiven weltweit recherchiert, unter anderem in Paris, Cincinnati, Bukarest, Berlin und Oxford. Seine Arbeit werde auch ins Rumänische übersetzt werden und man dürfe gespannt auf Reaktionen von dort sein. *Altmann* gratulierte *Pfützner* herzlich. Der Preis wurde durch *Manuel Sarrazin* verliehen.

Es folgte die Laudatio für *Kristine Andra Avram* von der Philipps-Universität Marburg, die ebenfalls von *Franz-Lothar Altmann* auf der Grund-

lage des Manuskripts von *Valeska Bopp-Filimonov* gehalten wurde. Avram behandle in ihrer Arbeit mit dem Thema „Responsibility – A Kaleidoscopic View“ die Fragestellung: Wie geht die Gesellschaft mit der Verantwortungszuschreibung von staatlicher Gewaltanwendung um? Fallbeispiel sei Rumänien mit seiner blutigen Diktatur, der ein ebenso blutiger Umsturz folgte, sagte *Altmann*. Avram habe für ihre Arbeit 800 Seiten Gerichtsdokumente zu vier Strafverfahren ausgewertet. Zusätzlich habe sie mit Regimeanhängern ebenso wie mit ehemaligen politischen Häftlingen gesprochen, außerdem mit Familienangehörigen von beiden Seiten und mit Studierenden. Aus diesen verschiedenen Blickwinkeln auf das Geschehene sei ein Kaleidoskop von Sichtweisen entstanden. In Rumänien scheine ein Schweigen über diese Zeit zu herrschen, welches es der jüngeren Generation erschwere, Verantwortlichkeiten zu erkennen. In Avrams Arbeit sei das Justizwesen als Subjekt der Verantwortung identifiziert und als zukünftiges Forschungsfeld eröffnet worden. Auch die Übersetzung dieser Arbeit, die mit *summa cum laude* bewertet wurde, ins Rumänische sei geplant. Mit herzlichen Glückwünschen überreichte *Manuel Sarrazin* die Urkunde an Avram.

Erwiderungen

Kristine Andra Avram bedankte sich für den Preis und sagte, sie habe eine Arbeit über Verantwortung geschrieben. Wem solle man diese in repressiven Staaten zuschreiben? Wen verantwortlich machen für die Verarbeitung der Verbrechen? Dies sei Teil eines Verstehens- und Deutungsprozesses. Welche Erzählungen wir über die Gewalt hätten, beeinflusse, wem wir die Verantwortung zuschreiben würden. „Wenn wir durch die Röhre eines Kaleidoskops blicken,“ sagte Avram, „so sind die Bilder, die wir sehen, vieldeutig“. Genauso vieldeutig sähen die von ihr Befragten die Verantwortung für die in der Diktatur verübten Verbrechen. Aber auch in gegenwärtigen Konflikten müsse man eine solche Vieldeutigkeit anerkennen und aushalten. Der Ansatz ihrer Arbeit sei ein erzählerischer. Sie schildere die Erlebnisse von Überlebenden der Lager, von überlebenden Funktionären, beides über Generationen hinweg und erlebt mit unterschiedlichem Grad der Nähe zu dieser Gewalt. Es sei eine Arbeit nicht nur über Verantwortung, sondern auch über Rumänien.

Ohne die 59 Menschen, die sie interviewt habe, gäbe es diese Arbeit nicht.

Andreas Pfützner dankte in aller Kürze für den Preis und sagte, dass der von ihm benutzte Anomalietopos in Rumänien bereits sauer aufgestoßen sei. Er habe in seiner Arbeit Rumänien in die gesamteuropäische Entwicklung einbetten und nicht als Sonderfall darstellen wollen. Pfützner dankte allen, die ihm bei der Arbeit geholfen hatten.

Verleihung des Journalistenpreises für die deutschsprachige Berichterstattung aus und über Südosteuropa: Laudatio

Krsto Lazarević und *Danijel Majić* vom Podcast „Neues vom Ballaballa-Balkan“, die 2022 selbst Preisträger des Journalistenpreises waren, hielten die Laudatio für *Franziska Tschinderle*. Sie befasse sich seit 2015 mit der Region SOE und den Westbalkanstaaten. Damals habe sie von der Balkanroute berichtet, genauer von der Lage im Grenzgebiet Serbien/Nordmazedonien/Kosovo. Sie habe mit einem serbischen Busfahrer gesprochen, der sagte, in Kosovo sei es nicht gut, da solle sie nicht hinfahren. Ach, dachte sie sich als gute Journalistin, dann muss ich doch mal dorthin fahren. Heute sei *Tschinderle* die erste Korrespondentin für ein deutschsprachiges Printmedium in Tirana, da sei noch keine/r gewesen, so *Lazarević*. *Danijel Majić* sagte, er und *Lazarević* müssten sich an die eigene Nase fassen, weil auch sie in ihrem Podcast nicht über Albanien berichteten. *Tschinderle* dagegen habe den Versuch gestartet, Albanien und den albanischen Sprachraum zu einem Gegenstand von Berichten im deutschsprachigen Raum zu machen. Sie habe bereits zwei Bücher über Albanien veröffentlicht.

Erwiderung

Franziska Tschinderle sagte, dass sie ihre Auszeichnung auch als „Bestätigung für einen Journalismus, der einen Schwerpunkt hat“ sehe. Die Spezialisierung auf einen Themenbereich gehe im Journalismus immer mehr verloren. Es herrsche die Vorstellung, dass Journalist*innen alles können und wissen müssten und auch in allen technischen Belangen perfekt seien – Fotos aufnehmen und liefern, Podcasts und Social Media bestücken und ähnliches. Früher wären diese Bereiche von mehreren Personen bedient



Der Präsident der SOG mit den Preisträger*innen. V. li. n. re.: Manuel Sarrazin, Franziska Tschinderle, Kristine Andra Avram, Prof. Dr. Diana Mishkova, Andreas Pfützner. Foto: SOG, 2023

worden, heute solle eine Person alles machen, bei gleichzeitig sinkenden Honoraren.

Sie selbst sei zu ihrer Zeit als Auslandskorrespondentin für SOE mit Sitz in Wien sehr unzufrieden gewesen. Über Distanz und nur über Skype Kontakt zu Personen vor Ort aufzubauen, sei nicht sehr tiefgründig gewesen. „Verdammt, ich gehöre einer falschen Generation an“, habe sie gedacht. Daraufhin habe sie sich auf eigene Faust aufgemacht, um vor Ort als Korrespondentin zu leben und zu arbeiten. Dies sei „eine der besseren Entscheidungen“ in ihrem Leben gewesen. Es sei gut für die Zeitungen, für die sie arbeite, für die Leserinnen und Leser und vor allem für die Glaubwürdigkeit der Berichterstattung. Vor Ort habe sie das Vertrauen zu den Menschen aufgebaut und so auch die Gelegenheit gehabt, mit einer Begleitung wie Aida Kulenović, einer ehemaligen Gerichtsübersetzerin aus Pristina, durch Albanien zu reisen und für ihr 2022 erschienenes Buch „Albanien: Aus der Isolation in eine europäische Zukunft“ zu recherchieren. Allein hätte sie dies nicht geschafft. Auch die Arbeit mit dem Fotografen Ilir Tsouko sei sehr wichtig. Mit ihm habe sie für das ZEIT-Magazin im Juli 2022 die Reportage über afghanische Flüchtlinge „Ein Jahr am Strand“ in einem Hotel an der albanischen

Adriaküste gemacht. Aufwändige und manchmal auch gefährliche Recherchen mache man nur im Team, und deshalb sei der Preis auch für alle, die mit ihr zusammenarbeiten.

Verleihung der Konstantin-Jireček-Medaille für besondere Leistungen in der Südosteuropaforschung: Laudatio

Die Laudatio auf die Preisträgerin Prof. Dr. Diana Mishkova wurde von Prof. Dr. Ulf Brunnbauer, Wissenschaftlicher Direktor des Leibniz-Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung, Inhaber des Lehrstuhls Geschichte Südost- und Osteuropas an der Universität Regensburg, auf Englisch gehalten. Er bezeichnete die Geehrte aufgrund ihrer umfangreichen akademischen Leistung mit dem österreichischen Ausdruck „Wunderwuzzi“, und er selbst könne nur daran scheitern, eine angemessene Laudatio zu halten. Zum Namensgeber des Preises, Konstantin Jireček, sagte er, dass dieser nicht nur Historiker, sondern eine Zeit lang auch Erziehungsminister in Bulgarien gewesen sei. Er hinterließ ein Tagebuch über diese Zeit, und im Oktober 1882 schrieb er, dass er zusammen mit zwei Kollegen über die Gründung einer bulgarischen Universität fantasiert habe. Genau 100 Jahre später, 1982, habe eine sehr talentierte junge Frau an der Universität Sofia in Geschichte gra-

duiert – Diana Mishkova. Dies sei die Grundlage für eine brillante und sehr beeindruckende akademische Karriere gewesen. Die Zeit fehle, alle ihre Gastprofessuren weltweit aufzuzählen, sagte Brunnbauer. Aber, und dies müsse er betonen, Mishkova sei immer wieder nach Bulgarien zurückgegangen und nicht im Ausland geblieben. Sie engagiere sich erfolgreich dafür, dass bulgarisches Wissen auf internationalen Veranstaltungen eingebracht werde. Seit 2009 sei sie Vorsitzende (und Mitgründerin) des Centre for Advanced Study in Sofia (CAS). Damit leiste sie unschätzbare Arbeit für die Internationalisierung der Forschung in einem Land, in dem diese definitiv keine Priorität im politischen Tagesgeschäft habe. Brunnbauer merkte an, dass Mishkova erst die zweite Frau sei, welche die Konstatin-Jireček-Medaille erhalte; hier müsse die SOG noch nachbessern. Es seien ihre Forschungsarbeiten und ihr unermüdliches Fördern der Recherchen anderer, vor allem durch CAS, für die Mishkova heute ausgezeichnet werde. Es sei keine Übertreibung, sie in die Riege der weltweit führenden Historiker*innen Südosteuropas einzureihen. Sie gebe der Region eine eigenständige und unabhängige Stimme, fern von den oft orientalisierenden Zuschreibungen westlichen Ursprungs.

Erwiderung

Preisträgerin Prof. Dr. *Diana Mishkova*, Director, Centre for Advanced Study (CAS), Sofia University St. Kliment Ohridski, dankte Brunnbauer, der selbst ein herausragender Historiker sei, für seine „herzerwärmenden“ Worte. Er habe betont, dass sie ihre Forschung länderübergreifend und vergleichend ausgelegt habe, und das sei ihr tatsächlich besonders wichtig. Ihre eigene regionale Forschung habe sie befähigt, ein Netzwerk junger Forscher*innen aufzubauen. Ihre heutige Ehrung basiere auf dieser kollektiven Forschungsarbeit, so wie auch ihre jüngste Veröffentlichung, *Entangled Histories of the Balkans*, die vier Bände umfasse.

Ein Antrieb ihrer Forschung sei, von der Peripherie aus auf Europa zu blicken. Dies eröffne Perspektiven und Inhalte, die sonst verborgen geblieben wären. Ihre Hauptmotive in den letzten 30 Jahren seien gewesen, durch Networking eine Balance zwischen dem vorherrschenden regionalen Ungleichgewicht herzustellen sowie

den Nationalisierungstendenzen in der Region etwas entgegenzusetzen. *Mishkova* bedankte sich für die Ehrung in Form von Medaille und Urkunde, die von *Manuel Sarrazin* überreicht wurden.

Podiumsdiskussion: Zeitenwende in Europa: Perspectives on the Future of EU Enlargement in Times of War

Nach den Preisverleihungen ging es weiter mit der Podiumsdiskussion. Gäste waren *Ditmir Bushati*, Dr. *Cristina Gherasimov*, *Ruprecht Polenz*, *Manuel Sarrazin* und Dr. *Iryna Solonenko*. Die Diskussion wurde auf Englisch geführt und vom Freien Journalisten und Preisträger des SOG-Journalistenpreises 2021, *Keno Verseck*, moderiert. „Wie erhalten wir einen Langzeitfrieden in der Ukraine?“, fragte er Dr. *Iryna Solonenko*, Ukraine Programme Director vom Zentrum Liberale Moderne in Berlin. – Die Ukraine könne den Krieg nicht einfach beenden, wie parallel zur Veranstaltung auf einer Demo in Berlin gefordert, sagte Solonenko. Deshalb müsse der Westen die Ukraine auch weiterhin unterstützen. Es könne keinen Frieden geben, solange Territorien besetzt seien und die Menschen stürben.

Manuel Sarrazin in seiner Eigenschaft als Sondergesandter der Bundesregierung für die Länder des westlichen Balkans wurde von *Verseck* zum EU-Beitrittsprozess befragt. Dieser war quasi totgesagt, doch nun auf einmal habe er neuen Schwung bekommen und die Ukraine und Moldau seien überraschend zu Beitrittskandidaten ernannt worden. Was könne *Sarrazin* zu dieser Entwicklung anmerken? *Sarrazin* sagte, er habe sich bereits 2004 für die Ukraine als Beitrittskandidatin ausgesprochen. Denn schon während des Vergrößerungsprozesses der EU zwischen 2004 und 2007 habe die Ukraine klargemacht, auf welcher Seite des neuen Eisernen Vorhangs sie sein wolle. Jeder Schritt der Balkanländer hin zum Beitritt helfe gleichzeitig der Ukraine und Moldau. Und umgekehrt helfe die Aufmerksamkeit, welche dem EU-Erweiterungsprozess seit kurzem wieder geschenkt werde, auch den Westbalkanstaaten in ihrem Beitrittsprozess.

Dr. *Cristina Gherasimov*, Außenpolitische Beraterin der Präsidentin der Republik Moldau,

Chişinău, ergänzte, die Östliche Partnerschaft, ein Teilprojekt der Europäischen Nachbarschaftspolitik, habe in Sachen EU-Beitritt nicht viel gebracht, aber sie habe zumindest die Menschen der Region einander nähergebracht. Unter diesem Aspekt sei sie eine gute Sache. Sie sei wichtig für beide Länder, sie nähmen das ernst. Man habe eine Veränderung in der langsamen Bürokratie Brüssels gesehen, und die Partnerschaft werde mehr als eine symbolische Geste sein. *Solonenko* ergänzte: Wenn 2013/14 nicht der Euro-Majdan gewesen wäre, dann wäre die Ukraine jetzt ein Vasallenstaat wie Belarus. Das daraufhin unterzeichnete Assoziierungsabkommen mit der EU habe die Bevölkerung dazu gebracht, sich hin zur EU zu orientieren.

An *Ditmir Bushati*, den ehemaligen Außenminister der Republik Albanien, stellte *Verseck* die Frage: Ist es enttäuschend, dass Albanien, das schon so lange wartet, mit anderen Kandidaten verwoben und im Beitrittsprozess vielleicht von der Ukraine überholt wird? *Bushati* sagte, die Nominierung der Ukraine und von Moldau als Beitrittskandidaten sei in Albanien positiv aufgenommen worden, denn dies habe auch die europäische Wahrnehmung der Westbalkanstaaten geändert. *Bushati* bezeichnete die schon lange in der Warteschleife ausharrenden Westbalkanländer als „professional candidates“. Man befinde sich 20 Jahre nach Thessaloniki, aber nur Kroatien habe es in dieser Zeit geschafft, auch tatsächlich Mitglied zu werden. Die von der EU verkündete Beschleunigung des Beitrittsprozesses mache ihn hoffnungsvoll, aber wenn er andererseits wieder die Diskussion höre, man müsse zuerst die EU reformieren und dann erst den WB6 eine Mitgliedschaft anbieten, dann wecke das auch wieder Zweifel.

Moderator *Verseck* fragte nun *Ruprecht Polenz*, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Münster, ob eine schnellere Integration der Westbalkanstaaten in die EU die Situation verbessert oder gar den Krieg in der Ukraine verhindert hätte. *Polenz* erwiderte, wenn man wissen wolle, warum Putin den Krieg 2014 begonnen und 2022 vollends entfacht hätte, solle man Putins Essay zur Ukraine vom Juli 2021 lesen. Darin sei nicht vom Balkan die Rede, aber von der Ukraine und von Ukrainern, die

nicht existieren, sondern alle Russen seien. Putin wolle das Europa von Jalta wiederherstellen. Die Sanktionen nach 2014 seien zu schwach gewesen. Nord Stream 2 bereits 2018 zu genehmigen, sei zu früh gewesen. Aber: Selbst wenn der Westen härter reagiert hätte, hätte das nichts geändert.

Verseck sagte, es sei eine fast unmögliche Transformation nötig, damit die Ukraine EU-Mitglied werden könne. Das habe er auch vor dem Krieg schon auf seinen Reisen gesehen. Und wie solle das erst nach einem Krieg möglich sein?, fragte er *Solonenko*. Diese antwortete, dass der Krieg auch Prozesse innerhalb der Ukraine anstoße wie beispielsweise den Kampf gegen Korruption. Man müsse auch während des Krieges über solche Dinge diskutieren. Sechs stellvertretende Minister hätten ihre Posten räumen müssen, weil sie in riesigen Villen lebten und ganz offensichtlich korrupt waren oder Gelder veruntreut hatten. Die EU sei nicht streng genug mit solchen Leuten. Die Justizreform komme nicht gut voran. Um das Land wieder aufzubauen, müsse die Korruption beseitigt werden und eine unabhängige Justiz geschaffen werden. Die Ukraine sei vor dem Krieg außerdem äußerst ineffizient auf dem Energiesektor gewesen. In Mariupol etwa seien völlig veraltete Kohlekraftwerke in Betrieb gewesen. Diese seien nun zerstört, und der Wiederaufbau sei eine Chance, alles besser zu machen und zu modernisieren.

Verseck ging nun zu Moldau über. Das Land hat offiziell drei Millionen Einwohner, inoffiziell vielleicht auch nur zweieinhalb Millionen. Es ist das ärmste Land Europas, und doch gab es 2014 einen großen Bankenskandal, bei dem mehr als eine Milliarde Dollar auf Offshore-Konten verschwanden. Wie soll man so ein Land modernisieren? Dazu sagte *Cristina Gherasimov*: Die Bevölkerung hat verstanden, dass mit einem *Captured State* jeder viel zu verlieren hat. Die Menschen signalisierten sehr deutlich, dass sie anders leben wollen. Die jetzige Regierung sei mit Abstand die beste, die das Land je gehabt habe. Viele Frauen seien in der Regierung. Jetzt gebe es große Veränderungen. Die Reform des Justizwesens gehe allerdings nicht so voran wie erhofft. Viele Richter kündigten jetzt ihre Posten, um zu zeigen, dass es so nicht weitergehe.

Moldau habe mehr Geld in den Ausbau der Energieversorgung gesteckt als in den 40 Jahren zuvor. War man vor einem halben Jahr noch vollständig abhängig von russischem Gas, so sei man das jetzt nicht mehr. Wenn Moldau ein bisschen mehr Glück mit der Stabilität in der Region hätte, könnte das Land noch viel mehr tun, sagte Gherasimov.

Zur Situation in Albanien sagte *Ditmir Bushati*, es gebe drei Schlüsselthemen auf dem Balkan: 1) Demographie: Wir schließen Abkommen ab, aber keiner will von Belgrad nach Tirana oder umgekehrt, alle wollen nach Deutschland. Der europäische Prozess solle doch aber sein, Europa zu Hause aufzubauen, nicht, es in Deutschland zu finden. Jedoch: „Politics is about bread and butter“. 2) Rule of Law: In der Region sei man schizophren. Wie viele Politiker hinter Gittern seien, wie viele Juristen ihren Posten verloren hätten, das seien in den Augen einheimischer Politiker lediglich Statistiken für die EU. Aber wichtig sei den Verantwortlichen, wie die Wirtschaft aussieht. 3) Wirtschaft: Man müsse die ökonomische Kluft überwinden. *Bushati* sagte, er wäre lieber erst einmal Teil zumindest des EU-Marktes, anstatt über den Berliner Prozess zu sprechen. Das würde der Region eine Zukunft sichern und die Abwanderung stoppen.

Verseck fragte, ob es dann Sinn mache, von der Forderung nach Rechtsstaatlichkeit Abstand zu nehmen? *Polenz* sagte, alle Kriterien seien noch gültig und wichtig. Es mache keinen Sinn, ein Land aufzunehmen, wenn es die Kriterien nicht erfülle. In Bulgarien und Rumänien hätte sich die Hoffnung, dass durch einen frühen Beitritt

der Aufbau von Rechtsstaatlichkeit beschleunigt werde, nicht bewahrheitet. Auch Ungarn und Polen seien derzeit schwierige Mitglieder mit teils abweichenden politischen Einstellungen. Wenn man eine Kohäsion zwischen mehr und mehr Ländern erreichen wolle, dann müsse man Gemeinsamkeiten haben. Warum, so fragte *Polenz*, haben einige Länder den Euro nicht? Dies hätte man nicht gestatten sollen. Ebenfalls sei schlecht, dass nicht alle Staaten Schengen beitreten könnten. Die EU sei nicht in einem so guten Zustand, wie sie es sein sollte.

Dem widersprach *Manuel Sarrazin*. In gewisser Hinsicht sei die EU besser aufgestellt als je zuvor, sagt er, und nannte die Corona-Bonds und die Militärhilfe für die Ukraine als Beispiel. Der politische Wille in der Region fehle teilweise, sagte *Sarrazin*. Die EU komme aber nur weiter, wenn die Länder selbst ablieferten.

Verseck fragte, was die Podiumsgäste über die Veränderungen in der EU denken. *Iryna Solonenko* meinte, die Reform der EU und die Erweiterung könnten gleichzeitig geschehen. Wenn die Beitrittskandidaten in gewissen Punkten ein Ziel erreicht hätten, sollten sie zumindest Teil des EG-Marktes werden. Das würde den Westbalkanländern zeigen, dass es vorangeht. *Cristina Gherasimov* stimmte dem zu.

Moderator *Keno Verseck* zog als Fazit: Wir sollten einander besser zuhören und Rat auch von den Beitrittsländern selbst annehmen. Mit einem Schlusswort von *Manuel Sarrazin* und Dank an alle Teilnehmenden endete die Jahreshauptversammlung 2023.

Symposium 2023 of the SOG Scientific Advisory Board

Russia and Southeast Europe: Perceptions and Cultural Diplomacy

Organization: Southeast European Association (Südosteuropa-Gesellschaft / SOG)

Concept and moderation: Prof. Dr Christian Voß, Berlin and Dr Christian Hagemann, München

Hybrid event: Hamburg and online, 24 February 2022

Report by Matilda Bako, Berlin

The sad anniversary of the Russian invasion of Ukraine gathered researchers from different universities for an interdisciplinary analysis and interpretation of the resilience and vulnerability of Russian strategic communication and disinformation in Southeast Europe. Prof. Dr *Christian Voß* (Berlin) invited complimentary country experts from various fields to provide different perspectives on the topic, including culture diplomacy, literature, memory culture, and political sciences. The panel aimed to identify potentials in their own scopes of actions and discuss how Russia will be perceived by the Balkans in ten years' time. Given the proactive role of narratives and discourses in reshaping reality, the panellists examined the potential impacts of Russian strategic communication and disinformation in Southeast Europe and discussed how to further strengthen European identity in the region. The presentations highlighted the importance of cultural studies in analysing present discourses as being highly indicative of future developments.

First Panel

The first part of the program featured two experts who respectively discussed cultural diplomacy and Russian Soviet and post-Soviet Balkan imagery. Prof. Dr *Jan Behrends* (Frankfurt/Oder), an expert in cultural diplomacy, opened his presentation by placing the case examples of the use of propaganda in Soviet and Russian cultural diplomacy within a larger, transregional context. The continuity of the Cold War in modern-day Russia was noted by means of a tweet by Sergei Lavrov that focuses on Russia's relationship with Germany. The presentation showed that Soviet propaganda aimed to push the United States and Western powers out of Central Europe, thus undermining NATO.

Behrends argued that the themes of Soviet propaganda have re-emerged under Putin in various regional contexts. The presentation then examined the effectiveness of propaganda in East Germany and looked at the broader context of Russian cultural diplomacy in other regions, such as Kyiv and Southeast Europe. One clear example of Russian cultural propaganda is the Pan-Slavism in Southeast Europe, in which through an anti-EU and anti-Western values approach, Russia attempts to achieve cultural hegemony and express its imperial claims, not only in the post-Soviet space but also in the Balkans. *Behrends* concluded with an examination of the imperial Russian narrative which he said needs to be addressed critically.

In her presentation, Prof. Dr *Tatjana Petzer* (Graz), Professor of Russian and South Slavonic literature, discussed the Russian Soviet and post-Soviet Balkan imagery, by reversing the perspective, hence not asking about the Russian literary soft power among the South Slavs, but vice versa. To that end, she explored the position of the Southeast Europeans in a Russian cultural and emotional mental map, focusing on the period after 1945 and the establishment of communist states in the region. The presentation revolved around the question of whether Russia's image of the Balkans corresponds to the Western "Balkanism" described by Maria Todorova, from which the West can derive its own superiority and civilizational mission.

Making reference to some pivotal historical and political moments, *Petzer* highlighted how Russia's Balkanism diverged from the Western construction of Balkanism during Tsarist Russia and how the foundations of Russia's claim to

the role of Pan-Slavism shifted from mere religious and cultural aspects to ideological and political ends after the October Revolution. The author also explored the impact of World War II and the communist upheaval in the Balkans on Russia's relationship with the region, particularly Yugoslavia. It was argued that varying perspectives and political positions shape Russia's current post-Soviet Balkanism and the Western Balkanism should not be confused with the Russian imagery of the Balkans, which largely has been shaped by the reactivation of the Slavic brotherhood myth.

Second Panel

The presentations in the second part of the program applied a narrow focus on dealing with individual Southeast European countries and their current narratives on Russia. Dr *Melinda Harlov-Csörtán (Vác)*, an expert in memory culture and public history, explained how Viktor Orbán manages to position his country as pro-Russian despite a communicative memory that is characterised by the Hungarian Revolution of 1956 and the protest against Moscow. First, she offered a comprehensive analysis of how Hungarian prime ministers have communicated the events of the 1956 Revolution since the regime changed. Specifically, she deconstructed the discourses around the commemoration and narration of the events on 23 October 1956 between 1989 and 2022, exploring the different interpretations of the same events.

Overall, the presentation pointed out the problems with the Hungarian PMs' way of interpreting historic events and that messages from all parties are less about the history and more a reflection of contemporary politics. This presentation lined up with the idea that different narratives can be operationalised to unite or turn against others, such as transforming the enemy from the Soviets to inner political enemies and now to a single city: Brussels.

In the following presentation, Dr *Dimitar Bechev* (Oxford) explored the Russian influence in the Balkans before and after the Russian attack on Ukraine. He emphasised two significant claims regarding Russia's engagement in the Balkans. Firstly, Russia's policy towards the region has

undergone a shift over time and, secondly, local actors such as governments, businesses, and civil society have been involved in colluding with Russia. With these observations in mind, Bechev investigated the Russian influence in the Balkans against the background of three different periods, starting from the Yeltsin years to Putin's return to power.

Bechev noted that after 24 February 2022, there was fear and anxiety in the region due to the events echoing the wounds of wars in the 1990s. Serbia opposed annexation rhetorically but resisted joining sanctions against Russia, which hints at a cynical game Serbia is playing to maintain a balance between the West and Russia. The author claims that Russia has the power to spoil things through agencies and people in the region that are associated with pro-Russian rhetoric. In this case, Russia made use of them, took advantage and exploited cleavages to invest in propaganda in the region. It was concluded that keeping Russia out of the Balkans is not possible, despite the Balkan countries' orientation towards the West. Overall, Bechev's presentation shed light on the complex nature of Russia's involvement in the Balkans and emphasised the importance of understanding local actors' involvement in colluding with Russia.

Tchavdar Marinov, PhD (Berlin), presented his findings of the current controversies surrounding Macedonian history, identity, and language in Bulgaria and their parallels to the Russian propaganda and discourses towards Ukraine. Focusing mainly on discourses and Russian soft power, he sought to find similarities between Putin's nationalist discourse on Ukraine and Bulgarian mainstream theses about Macedonians. To name but a few, the similarities between the nationalist claims towards Ukraine and the Bulgarian claims about Macedonians are the ideas that the other nation is an "artificial nation" with an "artificial language" and that it did not exist historically. Also, both countries' identities are presented as being created and governed by foreign powers – the West in Ukraine and Serbia in Macedonia. Even though they share a common historical unity between their nations, a contradiction in the

political discourse holds on: “They are our Brothers but they deny human rights to our minority.”

Marinov stated that the Russian invasion of Ukraine has also impacted the relationship between Bulgaria and Macedonia, with national opposition in both countries being often visibly pro-Russian, and Macedonian commentators have emphasised the similarities between Bulgarian and Russian nationalist claims. The study concluded by summarising the similarities between Putin’s nationalist discourse on Ukraine and Bulgarian mainstream theses about Macedonians and their impact on the relationship between Bulgaria and Macedonia. However, it was noted that the study focused on discourses and narratives, so further studies with a political scope are needed to provide an exhaustive political analysis of the conflict.

Discussion

One participant from the audience disagreed that the relationship of Russia with some Western Balkans countries is more of an elite-driven decision, arguing that Russia’s role goes beyond just spoiling things in the region, it rather builds on well-thought, strategic priorities and outlooks. Another participant mentioned Re-

publika Srpska and said that the now re-elected president’s public support for Putin was interpreted as a strong symbol and provocation driven by president Dodik’s own political interests.

In the view of another participant, Bulgaria holds much more strategic importance for Russia. It was argued that Russia has consistently shown its hand in Bulgaria on a couple of occasions. Even though the polls show that the biggest chunk of the Bulgarian public endorses pro-western attitudes, Bulgaria has traditionally been a country that maintains friendly relations with Russia.

Closing remarks

Overall, the panel contributions and discussion provided valuable, transregional and diversified insights into Russian strategic communication and disinformation in Southeast Europe, focusing on the narratives and discourses of political events. In line with the symposium’s premise on the proactive role of narratives in (re)shaping reality, the findings of the presentations pointed to the need for more awareness of Russia’s opportunism and its influence in Southeast Europe so that the EU cohesion and unity are not eroded.

Podiumsdiskussion

Der westliche Balkan – Aktuelle Herausforderungen im Zeichen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine

Veranstalterin: Südosteuropa-Gesellschaft (SOG)
München, 30. Januar 2023

Bericht von Igor Antov, München

Die Diskussion mit *Manuel Sarrazin*, dem Sondergesandten der Bundesregierung für die Länder des westlichen Balkans und Präsidenten der SOG, widmete sich der politischen Situation in der Westbalkanregion sowie den Auswirkungen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine auf den EU-Erweiterungsprozess. Sarrazin stellte aus einem deutsch-europäischen Blickwinkel die verschiedenen Facetten der aktuellen Herausforderungen in der Region dar. Er blickte

dabei bedauernd auf das unerfüllte EU-Thessaloniki Versprechen von 2003, zeigte sich im Hinblick auf die derzeitigen Entwicklungen in der Region allerdings optimistisch. Das Gespräch, an dem etwa 50 Personen teilnahmen, wurde von Dr. *Hansjörg Brey*, Mitglied des Präsidiums der Südosteuropa-Gesellschaft, moderiert.

Die Schaffung der Position des „Sondergesandten“, der für das gesamte Kabinett spreche,

folge laut *Sarrazin* daraus, dass die drei Koalitionsparteien einen besonderen Schwerpunkt auf die Westbalkanregion legen. Dieser Fokus basiere auf strategischen Erwägungen aufgrund der geographischen Nähe der Region zur EU. Zudem sei die Region ein Schauplatz der globalen Systemkonkurrenz zwischen liberalen Demokratien und autoritär geprägten Staaten. Aus diesem Grund müsse die EU zeigen, dass sie in der Lage sei, ihr stärkstes geopolitisches Instrument – die EU-Erweiterung – zur Transformation des Westbalkans zu nutzen, um anhand dieses Erfolgsmodells die Demokratie und eine liberale Marktordnung auch in anderen Regionen wie Südamerika und Subsahara-Afrika gegen andere Modelle behaupten zu können.

Sarrazin unterstrich zudem den emotionalen sowie geschichtlichen Aspekt, dass der Westbalkan zur europäischen Vielfalt und somit zu Europa gehört. Seit dem Versprechen von Thessaloniki 2003 habe jedoch die Glaubwürdigkeit der EU und somit auch der Glaube in der Region an einen eigenen möglichen EU-Beitritt in naher Zukunft stark gelitten. In der Bundesregierung herrsche aber Einigkeit darüber, dass man die Länder des Westlichen Balkans in der EU haben wolle – und zwar auf Augenhöhe, vollwertig, mit Respekt und nicht als Mitglieder zweiter Klasse. Nur mit einem solch klaren Bekenntnis könne man den Einfluss in der Region bewahren und positive Reformanreize setzen.

Über die generelle Lage der EU-Erweiterung stellte der Sondergesandte der Bundesregierung fest, dass mit jedem vergangenen Tag außerhalb der EU es für die Westbalkanländer nur noch schwieriger werde, beizutreten, da der zu erfüllende Besitzstand der EU und damit auch die Anforderungen an die Beitrittskandidaten stetig wachse. Gleichzeitig kämen Reformen – insbesondere im Bereich Rechtsstaatlichkeit – in einigen Ländern der Region nicht voran. Den Stillstand im EU-Erweiterungsprozess Mitte der 2010er Jahre habe die Regierung Angela Merkels mit dem Berliner Prozess seit 2014 zu überbrücken versucht, und das nicht ohne Erfolge. So sei nicht nur das Westbalkan-Jugendwerk gegründet worden, sondern man habe auch ein Format geschaffen, in dem alle sechs Länder des Westlichen Balkans – einschließlich Kosovo und Serbien – an einem Tisch säßen, um die re-

gionale Kooperation zu stärken. Im November 2022 habe man diesbezüglich drei Mobilitätsabkommen unterzeichnet.

Gefragt nach der Reformbedürftigkeit der EU, bevor man weitere Mitglieder aufnehme, lehnte *Sarrazin* diese Konditionierungslogik ab, obwohl er gewisse Reformen innerhalb der EU für notwendig erachte. Er persönlich halte, unabhängig von der Position der Bundesregierung, mehr qualifizierte Mehrheitsentscheidungen im Erweiterungsprozess für richtig. Zudem bewerte er Ideen wie „eine EU der zwei Geschwindigkeiten“ oder privilegierte Partnerschaften als riskant, wobei eine gewisse Kreativität in der Lösungsfindung wünschenswert sei.

Im Hinblick auf die Auswirkungen des Russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine stellte *Sarrazin* fest, dass die meisten politischen Akteure in der Region aus dem Krieg bisher noch keine neuen strategischen Schlüsse gezogen hätten. Vielmehr beobachte er eine eher abwartende Haltung. Am deutlichsten zeige sich dies im Falle Serbiens, dessen Präsident bereits vor dem Krieg eine Art Schaukelpolitik zwischen West und Ost betrieben habe. Diese Haltung stoße auf ein gewisses Unverständnis, da insbesondere deutsche Unternehmen im Land gut bezahlte Jobs schaffen würden und die Wirtschaftsbeziehungen mit der EU deutlich wichtiger seien als mit anderen Ländern. Zudem müsse man einen Weg finden, mit unterschiedlichen Interpretationen der jüngeren Geschichte in der Region konstruktiv umzugehen.

Der Konflikt zwischen Serbien und Kosovo, der im Dezember 2022 wegen der Anerkennung von Nummernschildern beinahe eskaliert sei, stelle eine weitere zentrale Herausforderung in der Region dar. Die seit 2013 erzielten Fortschritte im Normalisierungsprozess zwischen den beiden Ländern seien dadurch beinahe zunichte gemacht worden. Aufgrund der starken Emotionalität in der Auseinandersetzung und dem schwierigen Verhältnis zwischen dem Präsidenten von Kosovo, Albin Kurti, und dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić sei es derzeit schwer, einen Kompromiss zu finden. Die EU und Deutschland dürften jedoch nicht der gleichen Krisenlogik folgen, sondern würden vielmehr mit dem deutsch-französischen

Vorschlag versuchen, eine neue, positive Dynamik zu erzeugen. Gleichzeitig solle man kleine Fortschritte, wie zum Beispiel die drei unterschriebenen Abkommen vom 3. November 2023, nicht unterschätzen. Stück für Stück brächten solche Schritte die sechs Westbalkanländer zusammen und ermöglichten ihnen, eine gemeinsame Zukunft aufzubauen.

Auch die Situation in den anderen Ländern der Region stelle sich laut Sarrazin schwierig dar. In Montenegro, einem NATO-Mitglied und dem eigentlichen „Frontrunner“ in den EU-Beitrittsverhandlungen, reihe sich derzeit eine Regierungskrise an die andere. Manche Beobachter sprächen auch von der Gefahr, dass einige Teile der Regierung von pro-russischen Kräften übernommen werden könnten. Im Falle Nordmazedoniens habe man durch den französischen Vorschlag die jahrelange Blockade, zuletzt durch Bulgarien, lösen und die Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien eröffnen können, obschon dieser Vorschlag einen bilateralen Konfliktgegenstand zum Teil des

Verhandlungsrahmens gemacht habe. Die nötige Verfassungsänderung in Nordmazedonien stehe aber noch aus, die Mehrheitsverhältnisse diesbezüglich herzustellen, sei derzeit schwierig. Bosnien und Herzegowina habe im Dezember 2022 den offiziellen Kandidatenstatus verliehen bekommen. Mit der neuen politischen Konstellation im Land habe man nun die Hoffnung, dass die nötigen Reformen zügig umgesetzt würden. Albanien bezeichnete Sarrazin als den derzeit hoffnungsvollsten Kandidaten, die Regierung müsse nun aber, nach so vielen Jahren des Stillstands, effektiv in die Verhandlungen hineinkommen.

Abschließend bekannte sich der Sondergesandte der Bundesregierung für die Westbalkanregion als ein Verfechter kontinuierlicher Akte der Solidarität, egal, wie klein einzelne Schritte auch aussehen mögen. Nur so könne die EU ihre Glaubwürdigkeit in der Region zurückgewinnen und wieder ein positives Narrativ über die EU-Integration erzeugen.